



## Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde

Die Initiatoren der Volksinitiative haben knapp 17.000 Unterschriften an die stellv. Landtagspräsidentin Silke Gajek übergeben.

Seite 4



## Besser Kennenlernen

Gleich 3 BOs stellen sich in dieser Ausgabe vor. Mit den BOs Friedenhof, Altstadt und Neukloster setzen wir unsere Reihe fort.

Seite 2 und 8



## Neue Führung ruft Partei zur Debatte über künftigen Kurs

*Die Stadt Göttingen, berühmt durch ihre Würste und Universität, gehört dem Könige von Hannover, und enthält 999 Feuerstellen, diverse Kirchen, eine Entbindungsanstalt, eine Sternwarte, einen Karzer, eine Bibliothek und einen Ratskeller, wo das Bier sehr gut ist. Der vorbeifließende Bach heißt »die Leine«, und dient des Sommers zum Baden;...*

\*\*\*

Am Wochenende 2./3. Juni 2012 hatte die Stadt Göttingen in der Lokhalle die 1. Tagung des 3. Bundesparteitages der LINKEN zu Gast, dem 568 gewählte Delegierte angehören.

Während des Parteitages hatte ich manchmal das Gefühl, die Zahl der Medienvertreter mit Fotoapparaten, Kameras und Mikrofonen war mindestens genauso groß. Aber das lag möglicherweise auch an den Plätzen der Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich 3 Reihen genau hinter Gregor Gysi und Oskar Lafontaine befanden. Und diese Beiden, jeder ihrer Sätze und Gemütsregungen, fanden ungeteiltes Interesse der Medien. Streckenweise war das Arbeitspräsidium gar nicht zu sehen. Medien-

technisch war die Lokhalle gut präpariert, so dass wir auf höher hängenden Monitoren doch alles nachverfolgen konnten.

Aber der Medienansturm hat auch etwas Symptomatisches: Wir sind eine Partei mit unterschiedlichen Meinungen und vielen Gesichtern, die sich nicht hinter Gregor und Oskar verstecken müssen und wollen.

Wenn Ihr diese Zeilen zum Lesen bekommt, ist dieser Parteitag längst Geschichte, aber hoffentlich nicht vergessen. Auszüge aus den Reden waren im ND zu lesen, alle Beschlüsse und Materialien sind im Internet zu finden. Deshalb möchte ich darauf hier nicht eingehen.

In den Diskussionsbeiträgen der Generaldebatte wurde von vielen Seiten betont, dass endlich Schluss sein muss mit der Personaldebatte, mit den Streitereien, mit der Beschäftigung mit uns selbst. Eine Rückkehr zur Politikfähigkeit auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Gebiet ist dringend notwendig.

Festgestellt wurde einmütig, dass wir mit dem Erfurter Programm eine gemeinsame Arbeitsgrundlage haben, die es auszuge-

stalten gilt.

Einige Sätze aus den Debatten sollten auch uns im Kreisverband zum Nachdenken anregen:

- \* Wir als LINKE wollen eine solidarische Gesellschaft schaffen und schaffen es nicht einmal, untereinander solidarisch zu sein.
- \* Ohne Mitglieder kann man keinen Wahlkampf gewinnen, weil die Multiplikatoren fehlen.
- \* Es wird nicht nach der Sache abgestimmt, sondern nach der Person, die die Sache vertritt.
- \* Wir haben kein Recht, diese linke Partei zu verspielen.
- \* Wir müssen wieder als harmonisches Orchester wahrgenommen werden und nicht als ..zig Solokünstler.
- \* Radikal und visionär im Denken, aber real und pragmatisch im täglichen politischen Handeln

Auch für uns Delegierte aus dem Kreisverband Nordwestmecklenburg (Roland Kargel und Annegret Tschersich) waren insbesondere die Wahlgänge zum Parteivorsitz spannend und anstrengend.

Als Delegierte zum Bundesparteitag muss man eine gehörige Portion Durchhaltevermögen mitbrin-

gen und ausgeschlafen sein. Der Zeitplan scheint manchmal nur dazu da zu sein, um dessen Überschreitung festzustellen.

Ich will nicht verhehlen, dass wir schon enttäuscht waren. Bernd Riexinger war für uns ein unbekanntes Blatt. Aber nachdem diese Enttäuschung schon am Sonntag noch in Göttingen abebbte, haben wir in weiteren Wahlgängen Stellvertreter, Bundesgeschäftsführer, Bundesschatzmeister sowie die Mitglieder des Bundesvorstands gewählt. Aus Mecklenburg-Vorpommern sind Ida Schillen, Dominic Heilig, Irene Müller und Wolfgang Methling Mitglieder im Bundesvorstand.

Und das bis zum heutigen Tag (12.06.) vorhandene Presseecho zeigt auch, dass das Wahlergebnis zur Führungsspitze unserer Partei offenbar doch Akzeptanz gefunden hat.

Bernd Riexinger und Katja Kipping haben in ihrem Schlusswort auf dem Parteitag einmütig festgestellt, dass wir unterschiedliche Meinungen und Standpunkte intensiv diskutieren müssen, dass aber

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Treffen wir uns!

Liebe Freunde und Genossen, über 20 Jahre nach der Wende und aus den vielen Erfahrungen heraus die die Wiedervereinigung mit sich brachte, wird es höchste Zeit unsere Kräfte zu bündeln.

Viele von uns haben oder mussten sich zu einer nicht immer freiwilligen Selbstständigkeit entschließen. Ein Ergebnis, das die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit sich bringt.

In anderen Bundesländern gibt es eine Vereinigung linker Selbständiger. In Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen, Niedersachsen und Bayern gibt es Landesverbände des OWUS\*. Auch in Hamburg arbeiten linke Unternehmer zusammen.

Warum machen wir das in unserem Kreisverband nicht auch?

Unsere Kräfte vernetzen, gegenseitig Aufträge vermitteln, Wissen austauschen. Damit stärken wir jedes einzelne Unternehmen, jeden Selbständigen.

Viele Zuarbeiten, ob Buchhaltung, Werbung, Rechtsberatung, Nachfolgeberatung, Computerausstattung oder Homepagegestaltung gibt jedes Unternehmen in Auftrag. Warum sollen diese Aufträge nicht Gleichgesinnte realisieren?

Notwendig dazu ist es aber die Unternehmer und ihre Angebote zu kennen. Darum bitte ich Selbständige und Geschäftsführer von Unternehmen in Nordwestmecklenburg: Treffen wir uns.

*Michael Gericke, BO Bad Kleinen*

)\* OWUS (Offener Wirtschaftsverband von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen e.V.) ist ein der Partei Die Linke nahe stehender Wirtschaftsverband. Motto des Verbandes ist „Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung“. OWUS Berlin-Brandenburg wurde im Oktober 1995 gegründet, erste Vorsitzende war Christa Luft. Der Schwerpunkt des Wirkens von OWUS war zunächst in Ostdeutschland. Landesverbände existieren inzwischen in Bayern, Berlin-Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. OWUS-Mitglieder in den anderen Bundesländern gehören direkt dem Dachverband an. (Quelle: Wiki, die Redaktion)

## BO Altstadt Wismar – Aufbruch und Neubeginn

Die Genossen der Altstadt trafen sich am Montag, den 14. Mai zur konstituierenden Sitzung der alten und neuen BO in Wismar. Gemeinschaftlich legten wir die Route für unsere zukünftige politische Arbeit fest.

Zunächst musste jedoch noch personelle Verstärkung her. Stellvertreter des frisch gewählten BO Vorsitzenden Michael Deppe wurde ein „junger“ Genosse – Rainer Wilm (57) aus Hornstorf erklärte nicht nur seine frische neue Mitgliedschaft, die er online abgegeben hatte; er sprach sich auch für ein starkes eigenes politisches Engagement aus. Die anwesenden Genossinnen erklärten ihren Verzicht auf die Quotenregelung und Rainer wurde einstimmig gewählt.

Den Einstieg in die Sachthemen der nächsten Wochen machte jedoch erst einmal zwei weitere „Personalien“: die Mitarbeit in der AG Senioren und die Gründung „Bundesrat Linke Frauen“

Interessierte Genossen und Genossinnen können sich über die Arbeit und Mitarbeit in der AG Senioren beim Genossen Ewald informieren. Die „Linken Frauen“ haben einen Fragebogen, den Sonja Euch zur Verfügung stellen



kann.

Die eigentliche politische Arbeit und Diskussion in unserer BO Altstadt hatte die Schwerpunkte Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit. Beides muss in der Zukunft enger verbunden werden. Hier ist besonders die Fraktionsarbeit der verschiedenen Ebenen besser nach außen zu tragen. Nur gut dargestellte Themen auf den Grundsätzen unserer menschlichen, sozialen und linken Überzeugungen schaffen das breite Interesse. Die Stellungnahmen nach allen Diskussionen lassen keinen Bürger ernsthaft über eine aktive Mitarbeit bei uns nachdenken.

Wir wollen in die öffentliche Diskussion und werden als BO die Bürger zum Dialog abholen. The-

men unserer Altstadt, Themen unserer Partei, müssen inhaltlich klar kommuniziert werden. Das Parkraumkonzept, die Zukunft des Theaters, die Entwicklung im Gotischen Viertel, Naturschutz auf der Wismarbuch – dies sind nur die ersten Themen, die wir mit den Bürgern der Stadt offen und dialogbereit in den nächsten Monaten angehen. Wir wollen wieder die Wünsche und Nöte der Bürger unserer Stadt begleiten und die Situation in Wismar lebenswerter gestalten. Dazu brauchen wir auch Euch! Seid beim nächsten Mal wieder mit dabei – am 11. Juni um 18:00 Uhr in unserer Geschäftsstelle.

*Michael E. Deppe*

## Aus der neuen BO Friedenshof

Der Einladung zur ersten Versammlung der neu strukturierten BO Friedenshof am 4. Juni folgten 15 Genossinnen und Genossen.

Sehr herzlich dankte ich dem Genossen Hans-Dieter Habeck, der die alte BO Friedenshof geleitet hatte. Wir wünschen ihm gute Besserung und persönlich alles Gute.

Unmittelbar nach dem Bundestag diskutierten wir unsere ersten Eindrücke. Von führenden Genossen erwarten wir einen anderen Umgang mit der Presse. Unsere Partei darf sich nicht durch so offensiv geführte Medienkampagnen auseinanderdividieren lassen, wie sie im Vorfeld des Parteitages stattgefunden haben. Die Rede des Genossen Gregor Gysi hat uns erschüttert. Wir wünschen unserer Bundestagsfraktion, dass sie schnell zu einer sachlichen und gemeinsamen solidarischen Arbeit zurückfindet. Die ersten Eindrücke, die wir von den beiden neuen Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben, stimmen



zuversichtlich. Wir wünschen der gesamten neu gewählten Parteiführung Erfolg.

Unsere Bürgerschaftsmitglieder Genosse Detlef Bojahr und Genosse Uwe Boldt informierten über die aktuelle Arbeit. Die Wismarer Bürgerschaft hat gerade ein Parkraumkonzept beschlossen. In der Presse wird die angebliche Benachteiligung der Bürger heftig diskutiert. Detlef erläuterte die Zustimmung unserer Fraktion zu diesem Konzept.

Dann berieten wir die eigene

politische Arbeit. Genosse Horst Lutz wurde einstimmig zum stellvertretenden BO-Vorsitzenden gewählt. Sechs Genossinnen und Genossen erklärten sich bereit, einen Informationsstand zum Parkraumkonzept auf dem Marktplatz zu unterstützen. Inzwischen reift in Abstimmung mit den beiden anderen Wismarer BO die Idee monatlicher Sommerinfostände der Die Linken. auf dem Marktplatz Wismar. Ich bin überzeugt, dass es gelingt.

*Gabriele Sauerbier*

## Aus der Kreisvorstandssitzung Mai

Auf seiner turnusmäßigen Sitzung im Mai befasste sich der Kreisvorstand NWM mit der Arbeit der Kreistagsfraktion, mit Fragen zur Organisation der Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Rosa Luxemburg und wertete die Gesamtmitgliederversammlung im April aus. In weiteren Tagesordnungspunkten wurde von einem Treffen des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden berichtet, es wurde ein Bericht zu den Finanzen des Kreisverbandes besprochen und weitere Aktivitäten der Parteiarbeit, wie die Aktionen am Tag der Befreiung und am Kindertag, das Treffen des Kreisvorstandes mit den BO-Vorsitzenden. Außerdem bezog der Kreisvorstand Stellung zu einem Schreiben der AG Senioren.

Neben den Kreisvorstandsmitgliedern waren als Gäste u.a. die Genossin Renate Lüders, (ständiger Gast, Mitglied der Kreis-

tagsfraktion und des Landesausschusses), Simone Oldenburg (Mitglieder des Landtages und der Kreistagsfraktion), der Genosse Lutz Tannhäuser (Begründer des Freundeskreises Rosa Luxemburg), Genosse Jochen Ewald (AG Senioren), sowie Björn Griese (Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion) anwesend.

Es war eine lange Tagesordnung, nicht über alle Aspekte des Meinungsaustauschs kann hier berichtet werden. Im Mittelpunkt der Aussprache zur Arbeit der Fraktion wurde seitens der Fraktionsmitglieder dem Kreisvorstand das Abstimmungsverhalten zum Haushalt des Kreistages erläutert. Ein gemeinsam mit der SPD, der Fraktion der Grünen und unserer Fraktion verfasster Änderungsantrag zur Haushaltsvorlage der Verwaltung beinhaltete sechs Punkte, die auf Antrag einzeln abgestimmt wurden. Ein wesentlicher Punkt dabei, der

auch insbesondere auf Bestreben unserer Fraktion formuliert und mehrheitlich durch den Kreistag beschlossen wurde, war die Forderung nach Nachbesserungen beim Finanzausgleichsgesetz, das die kommunale Finanzierung reguliert, sowie beim Landesneuordnungsgesetz. So kann es mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen nicht weitergehen. Dieser zentralen Forderung ist durch Beschluss des Kreistages deutlich Nachdruck verliehen worden. Bei dem Punkt, der sich auf die Erhöhung der Kreisumlage bezog, hat sich unsere Fraktion mehrheitlich der Stimme enthalten (bei einer Gegenstimme und einer Zustimmung). Wir denken damit dem Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung entsprochen zu haben.

In Bezug zur Gesamtmitgliederversammlung April, insbesondere zum Verlauf der Nachwahl eines Kreisvorstandsmitgliedes, gab es

eine heftige Diskussion. Einige Kreisvorstandsmitglieder sehen bei der Nachwahl den Fusionsbeschluss zwischen dem Kreisverband und dem Stadtverband Wismar verletzt. Insgesamt nimmt der Kreisvorstand zur Kenntnis, dass die Mitgliederversammlung mehrheitlich dem Vorschlag des Kreisvorstandes nicht gefolgt ist. Es wird deutlich, dass das Zusammenwachsen der Kreisverbände und auch der Führung (des Kreisvorstandes) wahrscheinlich noch einiges an Zeit und Geduld benötigen wird. Wir haben uns verständigt mehr Geschlossenheit im Kreisvorstand anzustreben. Dies erfordert offene Aussprache und sachliches Argumentieren, orientiert an unseren gemeinsamen Zielen, sodass gefasste Beschlüsse durch die Kreisvorstandsmitglieder überzeugend vertreten werden können.

*Marion Wienecke*

## Beratung der BO-Vorsitzenden

Am Samstag, den 09.06.2012 fand in Wismar die Beratung der BO-Vorsitzenden mit dem Kreisvorstand des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg statt.

Als 1. Tagesordnungspunkt hatten wir die Informationen aus dem Kreistag Nordwestmecklenburg. Björn Griese informierte über die Aktivitäten unserer Kreistagsfraktion in den zurückliegenden Wochen und ging insbesondere auf den Haushalt 2012 des Kreises Nordwestmecklenburg und der damit verbundenen Erhöhung der Kreisumlage ein. In seinen Ausführungen machte er deutlich, dass unsere Fraktion sich bis auf eine Für-Stimme geschlossen enthalten hat und damit dem Haushalt nicht zugestimmt hat. Dennoch sei es unserer Fraktion gelungen, einen Antrag im Kreistag durchzubekommen, indem Forderungen und Nachbesserungen vom Land bei der Finanzierung der Gemeinden, Ämter und Kreise gefordert werden. Leider wurde in der Presse die Haltung unserer Fraktion nicht deutlich. In einer anschließenden Diskussion wurde herausgestellt, dass DIE LINKE ihr Profil schärfen und sich deutlich von anderen Parteien abgrenzen muss. Den-



noch müssen Mehrheiten für unsere Positionen gesucht werden, um Anträge im Kreistag durchzubekommen.

Ein wesentlicher Diskussionspunkt dieses Treffens war die Auswertung des Bundesparteitages in Göttingen. Unsere beiden Delegierten informierten die Genossinnen und Genossen über den Parteitag und dessen Ergebnisse. Ebenfalls erklärten sich beide bereit, auf Einladung in die Basisorganisationen zu kommen, um über den Parteitag zu informieren und zu diskutieren. Björn Griese informierte über die Ergebnisse der Sitzung des geschäftsführenden Parteivorstandes des Landesverbandes MV. Man sei sich darin einig, dass wir nur gemeinsam eine Zukunft haben und nunmehr Inhalte und die

politische Auseinandersetzung mit den anderen Parteien unsere Arbeit bestimmen sollten. Nach einer umfangreichen Diskussion und dem Austausch der verschiedenen Standpunkte der Genossinnen und Genossen stimmten wir dahingehend zu, dass die Personaldebatte beendet und nunmehr inhaltlich gearbeitet werden muss. Es wurden zahlreiche Aktionen für die kommenden Monate besprochen, unter anderem die Unterstützung der TLG FAIRWOHNEN iG, zur Rettung von Wohnraum, der durch die Treuhand verkauft werden soll und die Gefahr besteht, das sogenannte Heuschrecken dies als Spekulationsobjekt missbrauchen. Dabei geht es um die Privatisierung von 11.500 Wohnungen. Die Ausschreibung lässt einen Kauf einzel-

ner Wohnungen durch die Kommunen oder örtliche Genossenschaften nicht zu. nach der Bekanntmachung wird im Rahmen des Bieterverfahrens die TLG wohnen GmbH als Ganzes verkauft. Der Antrag der LINKEN im Bundestag „Ausverkauf staatlichen Eigentums stoppen - keine Privatisierung der TLG- Wohnungen“ hatte leider keinen Erfolg. Daraufhin wurde von linken Politikerinnen und Politikern die Treuhandliegenschaftsgenossenschaft FAIRWOHNEN gegründet, um am Bieterverfahren mitwirken und damit den Ausverkauf verhindern zu können.

Hier werden in den kommenden Wochen öffentliche Aktionen stattfinden, um für diese TLG zu werben und Mitglieder zu gewinnen. Ab einen Betrag von 5,00 € kann jeder diese Genossenschaft unterstützen. Weitere Informationen über unsere Kreisgeschäftsstelle.

Weitere Themen der Beratung waren die Mitgliedergewinnung und die Struktur unseres Kreisverbandes Nordwestmecklenburg. Hier sollen verstärkt Aktivitäten entwickelt und die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den Basisorganisationen verbessert und verstärkt werden.

*Roy Rietentidt*  
Kreisvorsitzender

## Volksinitiative „Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde“

Gute Arbeit und damit auch eine existenzsichernder Mindestlohn sind zentrale Forderungen in unserem Programm. Im Landtagswahlkampf 2011 forderte DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern deutlich einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde.

**Mindestlohn**  
volksinitiative-mv.de

Die große Transparentaktion auf der Rügenbrücke zum Beginn der Urlaubssaison war dafür der plakativste Ausdruck, der über unser Bundesland hinaus Wirkung erzielte. Auf dem riesigen Transparent stand: Ihnen einen schönen Urlaub! Der Kellnerin einen guten Lohn!

Auch andere Parteien sprachen sich offen im Wahlkampf für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aus. Der spätere SPD-Ministerpräsident konnte mit Versprechen, ein Vergabegesetz mit Mindestlohnbindung einzuführen und sich auf Bundesebene für einen Mindestlohn einzusetzen, viele Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen.

In den Koalitionsverhandlungen warf die Landes-CDU alle Vorsätze über Bord, um nur weiter in der Regierung mit der SPD zu bleiben. Ein Vergabegesetz mit einer Mindestlohnbindung von 8,50 Euro wurde im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Auch Initiativen auf



Bundesebene zum Mindestlohn sollten unterstützt werden. Um letzteres kam man durch eine weiche Formulierung umhin. Das Vergabegesetz wird momentan jedoch im Landtag behandelt.

Nicht zuletzt unsere im Januar 2012 gestartete Volksinitiative Für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde hat Druck auf die Landesregierung ausgeübt, und die Regierung zum Handeln bewogen.

Trotz kaltem Winter begannen fleißige Genossinnen und Genossen im ganzen Land an Infoständen, auf der Arbeit, in Vereinen oder im Freundeskreis Unterschriften für den Mindestlohn zu sammeln. Auch auf der Hanseschau in Wismar oder im Bürgermeisterwahlkampf in Rostock wurden viele Unterstützerinnen und Unter-

stützer gewonnen. Anfang Mai hatten wir die erforderlichen 15.000 Unterschriften zusammen. Mittlerweile sind es knapp 17.000. Heute übergaben die Initiatoren die Unterschriften an die stellvertretende Landtagspräsidentin Silke Gajek.

Dann muss der Landtag sich laut Artikel 59 der Landesverfassung mit unserer Initiative befassen – noch rechtzeitig vor der Abstimmung über das rot-schwarze Vergabegesetz. Denn wir wollen mehr, als die Koalitionäre. Nicht „nur“ bei der Höhe des Mindestlohnes unterscheiden wir uns. Im Gegensatz zu Rot-Schwarz wollen wir nicht mit 8,50 € Stundenlohn vorprogrammierte Altersarmut, sondern mit 10 € das Mindeste: Existenzsicherung heute und im Alter! Natürlich darf´s gerne mehr

sein. Doch die 10 € wären für Mecklenburg-Vorpommern ein großer Schritt.

Was uns im rot-schwarzen Gesetzentwurf noch fehlt, ist die Einbeziehung der Kommunen, denn sie vergeben Zweidrittel der öffentlichen Aufträge. Auch Körperschaften öffentlichen Rechts fallen nach Definition der Koalition nicht in den Geltungsbereich. Zudem fehlen uns soziale und ökologische Bedingungen, wie sie z.B. in NRW im Vergabegesetz stehen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden mit durchschnittlich 79 Prozent des bundesdeutschen Durchschnittsbruttoverdienstes die niedrigsten Löhne gezahlt. Sie sind zum Teil so niedrig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weder ihre eigene Existenz, noch die ihrer Familien sichern können. Als sogenannte „Aufstocker“ müssen sie ergänzende Leistungen des Staates in Anspruch nehmen.

Wer also den Menschen in unserem Bundesland eine Perspektive geben will, der kommt um einen Mindestlohn von wenigstens 10 € nicht umhin!

**Im Namen der Initiatoren möchte ich allen danken, die uns in den vergangenen Tagen und Wochen unterstützt haben und sage: DIE LINKE bleibt dran!**

*Björn Griese*

## Friedrich Schorlemmer liest in der Malzfabrik

Am Donnerstag, dem 28. Juni liest Pastor Dr. h. c. Friedrich Schorlemmer auf Einladung des Freundeskreises Rosa Luxemburg in der Malzfabrik in Grevesmühlen aus seinem Buch „Zorn und Zuwendung“. Frau Prof. Dr. Wienecke wird die Veranstaltung moderieren. Beginn ist um 19 Uhr; der Eintritt ist frei. Die Buchhandlung Peplau wird mit einem Büchertisch anwesend sein.

Friedrich Schorlemmer war in der DDR einer der führenden Bürgerrechtler – und ist es in der Bundesrepublik geblieben. Der 1944 geborene christlich-evangelische Theologe und Publizist gehörte zu denen, die 1989 an vorderer Stelle

das Ende der DDR einläuteten.

Er gehörte zu den Gegenkräften, die ein bestehendes Regime zu Fall

brachten. Aber ihm ging es nicht darum, gegen andere Menschen anzutreten, sondern in der Allianz der Unzufriedenen einen Platz einzunehmen, um Träumen ihre Geltung zu verschaffen. In der Sache scharf, emotional aber verständnisvoll, hatte er seinen Anteil daran, dass die Revolution eine friedliche blieb.

In Gesprächen mit Hans-Dieter Schütt erzählt er über Morgengeier und Hoffnungstauben, das Elend von Feindbildern, die Kultur eines Pfarrhauses, Gerechtigkeit und Glockenläuten, das Wunder eines Jahreskreises, Menschsein im Widerspruch, Wert und Wagnis von Utopien, das gefährdete Soli-

darprinzip. Kurzum: Gespräche über Gott und Welt, Tod und Teufel.

Wer ihn bei Lesungen schon erlebt hat, ahnt, dass der brillante Rhetoriker nicht am Buchtext kleben, sondern sein Publikum in freier Rede auch mit seiner kritischen Sicht auf aktuelle Entwicklungen konfrontieren und fesseln wird. Heraus kommt so ein Nachdenken über den Sinn des Lebens, das Feindbilder kennt, aber in ihrer Absolutheit nicht akzeptiert.

*L. Tannhäuser*

## Gute medizinische Versorgung für alle ist bezahlbar!

Von Dr. Martina Bunge, MdB

**Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über die Finanzen der Krankenversicherung gestritten wird.**

Waren es vor kurzem noch die Milliarden Defizite der Krankenkassen, die Kopfzerbrechen bereiten, sind es aktuell die Überschüsse. Während die Einen den Versicherten Prämien auszahlen wollen, schlägt meine Fraktion, die LINKE, vor, die Praxisgebühr abzuschaffen. Diese trifft vor allem diejenigen, die krank sind und zum Arzt gehen müssen. Für mich als Gesundheitspolitikerin ist es unerträglich, eine Eintrittsgebühr zu verlangen. Auch die Weltgesundheitsorganisation kritisiert, dass zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme von medizinischer Versorgung Geld zu verlangen, unsozial ist.

Wieso haben einige Kassen jetzt eigentlich ein finanzielles Polster, obwohl jede und jeder sicher schon einmal erlebt hat, dass Leistungen nicht gewährt oder nicht genehmigt werden, prägnantestes

Beispiel dafür die Vater-/Mutter-Kind-Kuren. Schuld daran hat die Politik der jetzigen Bundesregierung. 2011 wurden die sogenannten Zusatzbeiträge eingeführt, die die Kassen allein von ihren Versicherten erheben sollen, wenn sie mit dem Geld aus dem Gesundheitsfonds nicht hinreichen. Um Zusatzbeiträge zu vermeiden, sparen die Kassen an allen Ecken und Enden bei den Versicherten.



Gibt es Alternativen, denn 15,5 % Beitrag, davon 7,3 % vom Arbeitgeber und 8,2 % von den Versicherten, sind doch wahrlich genug? Ja, die gibt es: Wir als Linke schlagen ein von Experten durchgerechnetes, solides Modell vor, das den Menschen mit kleinem und middle-

ren Einkommen eine deutliche Entlastung bringt und denen mit einem höheren Einkommen eine höhere Solidarität abverlangt.

Wir schlagen vor, alle Einkünfte von allen in Deutschland lebenden Menschen als Basis für die Beiträge einer echten Bürgerversicherung zu nehmen, also beispielsweise auch Einkünfte aus Kapital, Vermietung und Verpachtung. Alle Menschen, heißt auch Beamte, Selbstständige und Menschen mit einem Einkommen oberhalb der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze (3825 € Brutto derzeit).

Wenn dieser gewaltige Schritt gelingt, könnten wir bei gleichzeitigem Wegfall aller Zuzahlungen und der Praxisgebühr den Beitrag für alle auf 10,5 % stabil auf Jahre garantieren - kurz: 5+5 reichen!

**Wer sich für ein solches solidarisches und nachhaltiges Konzept einsetzen möchte, ist willkommen.**

(Fortsetzung von Seite 1)

etwa 80% unserer Meinungen übereinstimmend sind. Darauf sollten wir uns konzentrieren und daraus als LINKE wieder Politik- und Kampagnenfähigkeit entwickeln.

Im Kreisvorstand haben wir uns mit den Ergebnissen des Bundesparteitags beschäftigt und bitten Euch alle, der neugewählten Führungsmannschaft einen Vertrauensvorschuss zu gewähren. Messen wir sie an ihren Handlungen und Taten, zerreden wir nicht schon vorher jede Bemühung, wieder voranzukommen und arbeiten wir wie immer tatkräftig mit.

Auf Wunsch kommen wir gern in die Basisorganisation, um Eure Fragen zu beantworten. Rechtzeitige Terminvereinbarung über die Geschäftsstelle ist allerdings notwendig. Ich würde mich auch freuen, wenn es über diese unsere Zeitung möglicherweise einen Gedankenaustausch geben könnte.

Annegret Tschersich

## Das Bildungssterben in Mecklenburg-Vorpommern oder „Der Hungerkünstler“ - Ein Stück in unendlichen Akten

Von Simone Oldenburg, MdL

**Ein Gespenst geht um in Mecklenburg-Vorpommern, das Gespenst der Bildung.**

Seit Jahren wird systematisch im Bildungs- und Kulturbereich des Landes gespart, werden Künstlerinnen und Künstler entlassen oder arbeiten zu Hungerlöhnen.

Aber nicht genug: Ebenfalls lässt das Bildungsministerium seit Jahren Bestandsanalysen fertigen. Sicher liegen dort schon tonnenweise ausgefüllte Fragebögen, Konzeptionen, Berichte von Expertenkommissionen, die zigtausende Euro verschlungen haben. Aber noch kein müder Euro ist seither zusätzlich in die Kulturpolitik des Landes geflossen.

„Vom vielen Wiegen wird das Schwein nicht fetter“, möchte man den jeweils amtierenden Kultusministern zurufen. Allein der Ruf verhallt ungehört.

Auch die über 50.000 Unterschriften der Volksinitiative zum Erhalt der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern werden zu den anderen Papieren gelegt,

vermehren die Aktenberge, aber ändern nichts an dem unhaltbaren Zustand der Kulturlandschaft.

Der kulturpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Torsten Koplin, erarbeitete eine Konzeption zur Zukunftssicherung der Theater und Orchester, die im Landtag vorgestellt wurde. Allerdings weist dieses Konzept einen Nachteil auf: Es sind wohlüberlegte Gedanken, finanziell untersetzte Veränderungen der oppositionellen Linken und deshalb ereilt sie das Schicksal jedes Antrages unserer Fraktion: Er wird abgelehnt.

Wissend, dass bei gleichbleibenden unterfinanzierten Rahmenbedingungen ein weiterer Personalabbau, tiefgreifende Einschränkungen des künstlerischen Angebotes sowie Schließungen einzelner Sparten und Standorte erfolgen werden, verzichtet man auf die durchdachten linken Überlegungen.

Gute Ideen sind nicht gefragt, denn es gilt der Grundsatz: „Wer regiert, hat per se Recht und Gespenster werden vertrieben.“ Das Konzept findet ihr unter: [www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)

**kommunalpolitisches forum**  
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

**27. Juli 2012**  
Gägelow, Beginn: 19.00 Uhr  
**Schulwegweiser für Eltern**  
Wie können Eltern die schulische Bildung ihres Kindes unterstützen?  
Veranstalter: kommunalpolitisches forum M-V e.V.  
Referent: Simone Oldenburg  
Ort: Gebäude des ASB, Dorfstr. 10, 23968 Gägelow



Der Kreisverband der LINKEN und Simone Oldenburg hatten zum Kinderfest auf die Bürgerwiese in Grevesmühlen eingeladen. Bei blauem Himmel und strahlendem Sonnenschein kamen viele Kinder und auch Erwachsene und probierten die Angebote aus. Es hat allen viel Spaß gemacht!

**Ein großes „Dankeschön“ geht an alle Helfer und Mitmacher!**

## In wenigen Worten

■ **Unsere Parteidebatte - Das Blog zum Mitdiskutieren**

Fragend schreiten wir voran... Unter diesem Titel gibt es erstmalig die Möglichkeit, sich online aktiv in die Parteidebatte einzumischen, mehr. In dem lebendigen Blog fragen unsere Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping nach Euren Erfahrungen und Einschätzungen. Macht mit auf [www.parteidebatte.die-linke.de](http://www.parteidebatte.die-linke.de).

■ **5 Jahre DIE LINKE - Gemeinsam für Veränderungen streiten!**

Am 16. Juni 2007 entstand in Berlin durch die Verschmelzung von Linkspartei und WASG die Partei DIE LINKE. Anlässlich des fünften Jahrestags der Gründung erklären die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger:

Wir haben vor fünf Jahren gemeinsam eine Partei gegründet, weil wir die Konsequenzen aus einer Vielzahl von Kämpfen, Erfolgen und Niederlagen der politischen Linken ziehen wollen. Wir stehen für eine neue soziale Idee.

Wir haben diese Partei selbstbewusst DIE LINKE genannt, weil wir die Kräfte links der politischen Mitte sammeln wollen, um eine wirksame Widerstandsoption gegen die Zumutungen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus zu entwickeln...

(Den vollständigen Wortlaut der Erklärung findet ihr auf [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de))

■ **Der Landesvorstand beschloss...**

Die 3. Tagung des 3. Landesparteitages wird einstimmig für den 15.09.2012 in die Stadthalle Ludwigslust einberufen. Der Parteitag berät u.a. über aktuell-politische Fragen; Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013; Neubildungs- und Zusammenlegung von Kreisverbänden sowie die Beschlussfüllung der 1. Tagung des 3. Landesparteitages „Mitgliederzeitung“. Antragsschluss ist der 18. August 2012, 12.00 Uhr (Zustellfrist).

## Reflexionen zur Parteiarbeit.

Von OMR Dr. Hans Peter Aurich,  
ärztlicher Direktor des Kreiskrankenhauses Grevesmühlen von 1972-1990, Chefarzt der chirurgischen Abteilung von 1976-1993

Nach einer unserer BO-Versammlungen in Herrnburg habe ich mir Gedanken über die Zukunft unserer Parteiarbeit gemacht. Diese möchte ich hier vortragen, ohne den Anspruch zu erheben, mit Jedem einen Gleichklang zu erreichen. Andererseits erhebe ich an mich selbst den Anspruch, mir darüber klar zu werden, in wie weit es für mich möglich ist, in dieser Partei für die Ziele eintreten zu können, für die ich ein Leben lang gewirkt und auch gekämpft habe, für die ich auch ertragen musste, ungeachtet meiner Lebensleistung gedemütigt und von der Tagespolitik ausgegrenzt zu werden.

Auslösend waren die nachdrücklich vorgetragenen Meinungsäußerungen nach meiner Berichterstattung von der letzten Arbeitstagung der AG Senioren, bei der es um die Kommunismus-Debatte, die Behandlung verdienter Genossen und die Geschichtstagung zur Berliner Mauer ging. Erschreckend war die Aussage: „Das interessiere heute keinen mehr.“

**Deshalb stelle ich folgende Themen in den Raum, von denen ich meine, dass sie einen bedeutenden Raum in der Parteiarbeit einnehmen müssten.**

1. Wie steht es mit der Aufgabe, politische Bildungsarbeit zu leisten? Wie ist unser Verhältnis zu Quellen und Wurzeln unserer Weltanschauung, definiert durch die Lehren von Marx und Engels und deren geistige Vorreiter in der Zeit der Aufklärung? Wie sehr ist es unter uns schon verbreitet, dieses wissenschaftliche Fundament unserer Partei für gestrig zu halten oder zu verleugnen? Wie sehr sind wir bereit, uns die edlen Ziele des Kommunismus ausreden zu lassen, weil unsere Feinde sie mit dem Stalinismus oder denen in Verbindung bringen, bei denen sie nicht gut aufgehoben waren?

Marx hat erkannt, dass die Theorie der Befreiung der Arbeiterklasse (heute kann man den Begriff auf viele im Schatten stehende Schichten ausdehnen) in sie hineingetra-

gen werden muss. Ist das nicht eine lohnende Aufgabe unserer Partei?

2. Sind wir bereit, unseren Genossen aus den vergangenen zwei Generationen, die die Last des antifaschistischen Kampfes annahmen, die viele mit ihrem Tod bezahlten und, wenn überlebt, aus dem Exil zurück kamen und den Versuch unternahmen, ein besseres gerechteres Deutschland aufzubauen, den entsprechenden Respekt zu zollen? Sind wir bereit, diesen Respekt der Diskussion über deren Fehler bei der Durchsetzung ihrer Ziele voranzustellen?

Wenn Christa Wolf heute, nachdem sie zunächst gedemütigt und denunziert wurde, dazu instrumentalisiert werden soll, die DDR zu dämonisieren, so sollten wir, ohne sie zu vereinnahmen, ihre Botschaft für uns richtig verstehen. Sie war eine glühende Verfechterin der jungen DDR und hat in Liebe zu diesem Land ihre tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, wie die Allmacht der Partei es bewirkte, dass sich Menschen von diesem Land abwandten. In ihrem Sinne kann ich mir eine Aufarbeitung unseres Geschichtsbildes vorstellen.

Man will uns ein Geschichtsbild einreden, bei dem die 136 zu beklagenden Tode an der Berliner Mauer mindestens die Millionen Ermordeten der Nazidiktatur aufwiegen - und im Umkehrschluss deren Gräueltaten mit dem zu verrechnen seien, was in Zeiten des Kalten Krieges an der Mauer geschah (Gleichsetzung zweier „Diktaturen“).

Lassen wir uns unser Leben von denen erklären die bis heute die Schatten ihrer braunen Vergangenheit verschleiern? Lassen wir unser Leben in der DDR auf Stasi begrenzen?

3. Ich kann mir nach dem Gesagten die Antwort gut vorstellen, dass wir damit noch keine Tagesfragen gelöst haben. Nein, aber wir können mit einem politischen Grundwissen viele Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen der gegenwärtigen Situation beantworten.

Meine Antwort: Wir müssen in unserer Parteiarbeit, wenn wir uns

von einer Vereinsarbeit unterscheiden wollen, über das ausgewogene Maß von Strategie und Taktik klar werden. In unserem Kopf sollte klar sein, dass sich ohne einen gesellschaftlichen Systemwechsel die grundlegenden sozialen Probleme der Menschen nicht lösen lassen. Die Rolle als Arzt am Bett des kranken Kapitalismus nimmt - besser als wir es können- die SPD ein. Spielen wir das Duplikat, wählen die Menschen das Original.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bilde mir nicht ein, immer alles richtig erkannt und das richtige getan zu haben. Aber ich habe es mit allen Kräften versucht; in einem Land, das den Sozialismus versucht aber an inneren und äußeren Ursachen gescheitert ist. Mit meinen vielen Idealen würde ich es wieder tun.

**So werden unsere Dauerthemen auf Umsetzung harren:**

Das Recht auf Bildung für alle, - das Recht auf den Genuss aller Fortschritte bei der Gesunderhaltung der Menschen, - das Recht der Teilhabe an Kunst und Kultur, (und die Erhaltung unserer kulturellen Einrichtungen), eine Unterstützung der Familien, und mit ganz großer Bedeutung das Recht auf Arbeit, von deren Ertrag man leben kann.

Wir schaffen es aber nur, wenn wir junge Menschen von unseren realistischen Idealen überzeugen und zum Mitmachen bewegen können. Dazu müssen wir aber selbst eine Überzeugung ausstrahlen können.

Befreien wir uns von dem Trugschluss, dass die Probleme über das dem Maximalprofit geschuldeten Wirtschaftswachstum zu lösen sind. Denken wir auch nicht, dass unser relativer Wohlstand neben den verarmenden Ländern nahe an unseren Grenzen Bestand hat. Die nächsten Krisen (und Kriege) werden auch uns die revolutionäre Situation näher bringen. Auch dafür muss unsere Partei gerüstet sein.

Vielleicht hat bis dahin bei den Genossen das kommunistische Manifest einen Platz im Bücherschrank erkämpft.

## Das Land bestimmt den Tiefgang

Im April-Kreistag mussten wir uns mit dem Haushalt des Kreises auseinandersetzen. Der Entwurf der Kreisverwaltung enthielt auch eine Erhöhung der Kreisumlage auf 43,17%.

\*\*\*

Auf der Klausurtagung von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion beschlossen wir, dass solch eine Erhöhung mit uns nicht zu machen ist. Auch unser Kreisparteitag fasste dazu einen deutlichen Beschluss.

Wir hatten ja schon im Wahlprogramm gefordert, dass wir vom Land endlich „eine langfristig planbare und gesicherte Finanzausstattung der Kommunen“ erwarten, damit man nicht jedes Jahr aufs Neue darüber diskutieren muss, wie man sich als Kreis das Geld über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden holen muss. Denn eine „eigene“ Steuer für Kreise gibt es nicht. Mit Schlüsselzuweisungen hängt man quasi am Tropf des Landes.

Folglich hatten wir einen eigenen Antrag eingebracht, in dem wir das Land aufgefordert, das Finanzausgleichsgesetz im Sinne einer auskömmlichen Finanzausstattung für Kreise und Gemeinden zu ändern, die Konnexität zu wahren, u.a.m.

Dazu gab es im Vorfeld breite Zustimmung u.a. von SPD und Grünen. Gemeinsam haben wir dann diesen Antrag qualifiziert, wie ich es auch auf dem Kreisparteitag

berichtete.

Leider hat das Land bisher nichts Positives an der Finanzausstattung der Kommunen geändert. NWM hat eine angespannte Haushaltslage durch zurückgegangene Schlüsselzuweisungen und durch Mehrkosten, die sich aus der Landkreisneuordnung ergeben. Zudem sind die Kreisumlagegrundlagen gesunken. Das bedeutet, der Kreis hätte – in der absoluten Zahl – tatsächlich 2012 aus der Kreisumlage weniger Geld zur Verfügung, wenn die Prozentzahl der Kreisumlage gleich bleibt. Also hätte zwangsläufig wieder über die Streichung freiwilliger Leistungen geredet werden müssen. So tat es die CDU im Kreistag auch. Sie hatte z.B. vorgeschlagen u.a. die Zuschüsse zum Schülerverkehr zur örtlich unzuständigen Schule einfach zu streichen.

SPD und Grüne hatten in dem entstandenen gemeinsamen Antrag einen Kreisumlagesatz von 42,17% eingebracht, was dann bei der absoluten Zahl etwas mehr bedeutet als 2011.

Unser Kreisparteitag hat der Kreistagsfraktion empfohlen, keiner Erhöhung der Kreisumlage – egal ob prozentual oder absolut – zuzustimmen. Daher haben wir den gemeinsamen Antrag der drei Fraktionen, der nunmehr aus sechs Unterpunkten bestand, im Kreistag Punkt für Punkt abstimmen lassen. So konnten wir dem Grundgedanken des Antrags (Kritik an den

absinkenden Landeszuweisungen und an der Ausgestaltung der Kreisgebietsreform) folgen – ohne der Erhöhung der Kreisumlage zustimmen zu müssen.

Der Antrag enthielt neben Forderungen ans Land, die Höhe der Kreisumlage auch die Punkte konsequentes Haushaltssicherungskonzept und Berichtswesen sowie die Planung des Haushalts 2013 ohne Erhöhung der Kreisumlage anzusetzen.

Leider gaben die Zeitungen diesen Umstand nur verkürzt wieder, sodass bei einigen der Eindruck entstanden ist, wir hätten der Erhöhung der Kreisumlage zugestimmt. Dem ist nicht so.

In der Kreistagsdebatte habe ich darauf hingewiesen, was der Kreis auch für Ausgleichs- und Unterstützungsfunktionen für die angehörigen Gemeinden übernimmt. U.a. bei Bibliotheken, Kita-Kosten, der Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeiter oder der Finanzierung des Schülerverkehrs (insb. zur örtlich unzuständigen Schule) fließt viel Geld vom Kreis, was ja damit auch den Gemeinden zugutekommt. Vieles könnten einzelne Kommunen gar nicht alleine finanzieren.

Aus meiner Sicht sitzen Kreise und Städte und Gemeinden in einem Boot und das Land bestimmt den Tiefgang. An den Finanzflüssen von oben muss sich endlich grundlegend etwas ändern!

*Björn Griese*

## Otto Köhler beim Freundeskreis

Am 14. Mai las der Hamburger Publizist Otto Köhler im TGZ aus seinem neu aufgelegten und durch neue Rechercheergebnisse erweiterten Buch „Die große Enteignung“, in dem er das Treiben eines in der Geschichte beispiellosen Bankrottunternehmens namens Treuhand kritisch beleuchtete.



Binnen knapp fünf Jahren waren aus 600 Milliarden D-Mark, auf die das Volksvermögen der DDR geschätzt wurde, als die Treuhand ihre Tätigkeit aufnahm, 275 Milliarden D-Mark Schulden geworden, – erinnert sich noch jemand an die seinerzeit versprochenen Anteilsscheine?

Ein weiterer Bilanzposten: Der Verlust von 2,5 Millionen Arbeitsplätzen! In einem neu hinzu gefügten Kapitel ging Otto Köhler auf die Rolle von zwei Akteuren ein, die seinerzeit als Spitzenbeamte im Bundesfinanzministerium das Drehbuch für die überstürzte Wirtschafts- und Währungsunion schrieben: Horst Köhler, der spätere Bundespräsident und Thilo Sarrazin, dessen sozialdarwinistischen Ideen übrigens auf ein beängstigend aufnahmebereites Publikum zu treffen scheinen, wenn man das daran misst, dass eine angekündigte Lesung in Wismar binnen eines Tages ausverkauft war.



Für den Freundeskreis sowohl Bestätigung, ein immer noch aktuelles Thema auf seine Agenda gesetzt zu haben, als auch Ansporn, seine politische Bildungsarbeit fortzusetzen. (L. Tannhäuser)

## Der Präsident wirbt für Auslandseinsätze der Bundeswehr und Opferbereitschaft

Der Springerkonzern wusste schon, warum er Gauck unbedingt zum Präsidenten machen wollte. Gaucks Vermögen, salbungsvolle Reden zu halten, wurde u.a. gebraucht, um die Abneigung der Bevölkerung gegen Kriege aufzuweichen.

Gauck hat die Erwartungen nicht enttäuscht. Bei seiner Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr m 12.Juni 2012 hat er sich als Werber für den Krieg angeeignet.

Vergessen hat er sicher sich nicht, dass es im Text der Natio-

nalhymne der DDR, dem Staat, in dem er aufgewachsen ist, hieß: „...Laßt das Licht des Friedens scheinen, dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint“. Doch bekanntlich unterliegt alles, was mit der DDR zusammenhängt, seinem Hass. So war es für ihn sicher nicht nur Auftrag, sondern auch eigenes Anliegen, für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu werben, zur Verteidigung der Freiheit, wie er sagt. Nicht sagt er, dass er die Freiheit der Märkte und Banken meint.

Wie schon viele Kriegsherren vor ihm, fordert er von seinen Mitbür-

gern die Bereitschaft, dafür auch das eigene Leben einzusetzen. Für die weinenden Mütter, findet der sprachgewandte Präsident dann sicher auch ein paar tröstende Worte.

Ist Kriegspropaganda nicht auch ein Teil der Vorbereitung von Angriffskriegen, die nach Artikel 26 des Grundgesetzes unter Strafe gestellt ist?

*Horst Neumann  
Friedensinitiative Bad Kleinen*

## Vor 300 Jahren

"Der erste, welcher ein Stück Landes umzäumte, sich in den Sinn kommen ließ zu sagen, dies ist mein, und der einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend und Gräuelt hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgehauen, den Graben verschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: Glaubst diesem Betrüger nicht. Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört."



Jean-Jacques Rousseau (\* 28. Juni 1712 in Genf; † 2. Juli 1778 in Ermenonville bei Paris) war ein eigenständiger französischer Schriftsteller, Philosoph, Pädagoge, Naturforscher und Komponist der Aufklärung.

Der bedeutende Aufklärer gilt als einer der wichtigsten geistigen Wegbereiter der Französischen Revolution und hatte großen Einfluss auf die Pädagogik und die politischen Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts.

## die WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:  
Kreisverband

## DIE LINKE.

NORDWESTMECKLENBURG  
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

### Redaktion:

Sonja Bahlk, Werner Bandomir, Helga Brauer, Horst Neumann, Horst Krumpfen, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke

### Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55  
Fax: (03841) 20 19 79  
Mail: info@die-linke-nwm.de  
Internet: www.die-linke-nwm.de  
Nächster Redaktionsschluss: 06.08.12

## kommunalpolitisches forum Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Nordwestmecklenburg/Wismar



Die Außenstelle Nordwestmecklenburg/Wismar des kommunalpolitischen forums M-V wird durch Eckhardt Stelbrink geleitet. Ihr erreicht ihn unter:

Mobil: 0162 9813025 bzw. E-Mail: eckhardt.stelbrink@t-online.de

Die Außenstelle bietet Bildungsveranstaltungen für Kommunalpolitiker und kommunalpolitisch Interessierte an, greift Themen und Fragestellungen auf, die kommunale Probleme betreffen und freut sich auf Anregungen und Hinweise. Die Veranstaltungen finden jeweils im Gebäude des ASB in Gägelow, Dorfstraße 10 statt. Beachtet einfach die Termine im WELLENBRECHER.

## Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Mai und Juni 2012 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besondere Glückwünsche gehen an unsere Genossin Hertha Uther zum 92. und Genossin Barbara Runge zum 87. Wiegenfest. Weiterhin erhalten herzliche Glückwünsche die Genossinnen Meta Grünholz und Friedel Lorenz zum 84. Ebenfalls auf 84 Jahre blickt Genosse Walter Müller zurück. Zum 83. gratulieren wir Genossen Herbert Gärtner. Die Genossen Hugo Schramm, Helmut Kownatzki und Heinrich Baudis feierten ihren 82. Geburtstag und der Genosse Ernst Lehmkuhl konnte auf das 81. Lebensjahr anstoßen.

Zum 80. Geburtstag gehen herzliche Glückwünsche an Genossin

***Eben wenn man alt ist, muss man zeigen, dass man noch Lust hat zu leben.*** (Johann Wolfgang von Goethe)

Jenny Deuter.

Zum 75. gratulieren wir den Genossinnen Ingrid Fischer und Gisela Koschitzke.

**Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.**



## Die BO Neukloster stellt sich vor

Nach der Wende wurde unsere Basisorganisation Neukloster von einigen Standhaften aus Neukloster und den umliegenden Gemeinden gegründet.

Auch wenn unsere BO nie mehr als 10 Mitglieder hatte, (was aber noch werden kann), sind wir alle stolz auf das, was wir mit unseren wenigen Genossinnen und Genossen und mit Hilfe vieler Sympathisanten erreicht haben.

Zur Zeit haben wir 7 Mitglieder, 2 Frauen und 5 Männer. 1 Mitglied der BO ist als Stadtvertreter im Stadtparlament Neukloster aktiv. 1 Mitglied ist Sprecher der Kreisfraktion. Vom Alter her sind wir eine durchwachsene Truppe – von Mitte 30 bis über 80 Jahre hinaus ist alles vertreten.

Trotz intensiver und erfolgreicher Bemühungen bei der Mitgliederwerbung (in den letzten 5 Jahren konnten jedes Jahr ein neues Parteimitglied begrüßen) ist unsere Basisorganisation leider dennoch nicht gewachsen.

Die neuen jungen Parteimitglieder ziehen der Arbeit hinterher und leben dann in den Großstädten oder in den alten Bundesländern.

Wir lassen uns aber davon nicht entmutigen und wollen weiterhin versuchen, jährlich ein neues Mitglied zu gewinnen.

Aber nichts geht im Selbstlauf, nur unsere Arbeit in der Kommune, für den Bürger bringt uns positives Ansehen. Dazu gehört:

1. Unser Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009 mit Leben zu erfüllen. (Kita und Seniorenclub bleiben in kommunaler Hand)
2. Einsatz von regenerativen Energien für die städtischen Gebäude.
3. Pflege des Gedenksteins für die Opfer des Faschismus.
4. Weiterführung der Tradition, am 8. März Blumen in der Kita, der Stadtverwaltung und im Seniorenclub der Stadt zu verteilen.

Um unsere Aufgaben mit unserer kleinen Anzahl von Mitgliedern zu bewältigen, führen wir jeden Monat eine Mitgliederversammlung durch, auf denen es stets soviel Diskussionsstoff gibt, dass schon so einige Versammlungen wegen der späten Stunde abgebrochen werden mussten.

Großen Einsatz zeigen unsere

Mitglieder, wenn es um die Verteilung von Zeitungen, Wahlmaterialien u.a. geht. Hier beteiligen sich alle, die dazu in der Lage sind. Weil wir gute Erfahrungen beim Einsatz von regenerativen Energien in der Kommune Neukloster gesammelt haben – unsere Kita wird mit Erdwärme beheizt, Photovoltaikanlagen sind auf der Grundschule und dem Bauamt – bietet unsere BO dazu interessierten Bürgern Informationen an.

Unsere BO wird auch weiterhin – ganz nach dem Motto „Lasst den Worten Taten folgen“ für die Bürgerinnen und Bürger da sein.

**Dietmar Barnekow,**  
BO-Vorsitzender



Wir haben eine unserer langjährigen Genossinnen verloren.

### Eva Linde

aus dem Stadtverband Wismar ist im 81. Lebensjahr verstorben.

Genossin Linde hat viele Jahre in verantwortungsvollen Funktionen für unsere Partei gearbeitet. Sie ist auch in schweren Zeiten immer ihrer Überzeugung treu geblieben.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.